



**Ökumenisches Netz
Rhein – Mosel – Saar e.V.**

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
56564 Neuwied
Tel. 0 26 31 – 35 41 40
Fax 0 26 31 – 35 41 41
E-Mail oekumenisches.netz@t-online.de
www.oekumenisches-netz.de

Pressemitteilung

**Netzversammlung protestiert
gegen Abschiebung und Bruch des Kirchenasyls**

Aufs Schärfste hat die Netzversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar, die am Samstag, den 11.11.06, in Polch tagte, gegen die Abschiebung der kurdischen Familie Yildirim aus Koblenz protestiert. In Schreiben an den rheinland-pfälzischen Innenminister Bruch, den Ministerpräsidenten Beck sowie den Koblenzer Oberbürgermeister Schulte-Wissermann verurteilte die Netzversammlung den Bruch des Kirchenasyls, in dessen Schutz die Familie Yildirim mit ihren drei in Koblenz geborenen Kindern geflohen war.

Die Abschiebung, die in den frühen Morgenstunden des 31.10.06 „ohne Gnade“ vollzogen worden sei, riss die Familie auseinander: Angekommen in der Türkei sei Ali Yildirim kurzzeitig verhaftet, dann ohne Papiere wieder entlassen und von einer Schlägergruppe verprügelt worden. Er sei zur Zeit untergetaucht. Frau Yildirim lebe nun mit ihren Kindern bei Verwandten im Osten der Türkei – in einem Land, das die Kinder nicht kennen und dessen Schulsprache Türkisch sie nicht sprechen.

Die Netzversammlung weist darauf hin, dass es keine Rechtfertigung für die Abschiebung und den Bruch des Kirchenasyls gebe: „Auch Menschen, die gegen Recht verstoßen, dürfen nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben bis hin zur Folter droht. Und schon gar nicht dürfen Kinder für einen möglichen Rechtsbruch ihrer Eltern bestraft werden.“ Die Versammlung äußert Verständnis dafür, dass ältere Mitbürger, die erlebten, wie Menschen im Nationalsozialismus deportiert wurden, in diesem Zusammenhang von Deportation sprechen.

Die Netzversammlung sieht diese Abschiebung im Kontext des kontinuierlichen Abbaus von Schutz- und Asylrechten in Deutschland und in Europa. Sie weist kritisch auf die Vorreiterrolle Deutschlands bei der Durchsetzung von verschärften Maßnahmen gegen Flüchtlingen innerhalb der EU hin – und betont, dass nach dieser Abschiebung nicht mehr „von einer liberalen und humanen Ausländerpolitik in Rheinland-Pfalz“ gesprochen werden könne.

V.i.S.d.P.: S. Ferenschild, 14.11.06